



[BVNH. e.V., Schiffenberger Weg 14, 35435 Wetztenberg](#)

gesetzlich anerkannter Umweltverband

An das
Regierungspräsidium Gießen
Obere Naturschutzbehörde
Schanzenfeldstr. 12
35578 Wetzlar

Vorab per Mail

[Ihre Zeichen/Ihre Nachricht vom]
Schreiben v. 23.04.2007

[Unsere Zeichen/Unsere Nachricht vom]
wei

Telefon
4955-288

Datum
05.07.07

Umsetzung Natura 2000 in Hessen

Hier: Beteiligung der Träger öffentlicher Belange (TÖB) im Rahmen des Anhörungsverfahrens zur Sicherung der Natura 2000 Gebiete durch eine landesweite Natura 2000 Verordnung nach § 32 Abs. 1 HENatG

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Namen der BVNH Hessen e.V. nehme ich hiermit zu dem Verordnungsentwurf im Grundsatz Stellung. Bezüglich der Stellungnahme der BVNH zur Abgrenzung der einzelnen FFH- und Vogelschutzgebiete sowie deren Schutz- und Erhaltungsziele verweise ich auf die entsprechenden Stellungnahmen der Kreisvertrauensleute der BVNH.

Die BVNH begrüßt ausdrücklich die Umsetzung der EU-Richtlinien in der geplanten Verordnung nach § 32 HENatG. Gleichzeitig ist es bedauerlich, dass offensichtlich nur das Mindestmaß dessen, was nach europäischem Recht überhaupt erforderlich und zulässig ist, in die Verordnung einfließt.

Nach der FFH- und der Vogelschutzrichtlinie sind Natura 2000 Gebiete als besondere Schutzgebiete auszuweisen. Die Ausweisung muss unbestreitbar verbindlich sein, d.h. sie muss so ausgestaltet sein, dass niemand Zweifel an den Grenzen des jeweiligen Gebietes hegen kann. Insofern ist für die BVNH der Zeitpunkt der Offenlegung des Verordnungsentwurfs verfrüht, da zur Zeit der Beteiligungsfrist dieser VO für etwa 24% der FFH-Gebiete und 72% der Vogelschutzgebiete Hessens die Grunddatenerhebung noch nicht vorliegt.

Neben den parzellenscharfen Grenzen werden in der Natura-2000-Verordnung die in dem jeweiligen Gebiet zu schützenden Lebensraumtypen und Arten benannt und die für deren Erhalt notwendigen Erhaltungsziele festgesetzt. Da sich in vielen Fällen die Standarddatenbögen vor der GDE als unvollständig oder unzutreffend erwiesen haben, ist vor dem Abschluss der GDE für diese Gebiete durch die BVNH nicht zu prüfen, ob die Grenzen dieser Gebiete und deren Schutz- und Erhaltungsziele auch nachvollziehbar, vollständig und fachlich korrekt sind und ob der Verordnungstext den Schutz der LRT und Arten dieser Gebiete umfassend gewährleisten kann.

Grundsätzlich ist an der Verordnung zu bemängeln, dass die Erhaltungsziele meist sehr unkonkret und allgemein gehalten sind. Durch das Fehlen von Ge- und Verboten stellt sich die Frage, wie die VO den Zweck der Bewahrung und Wiederherstellung eines günstigen Erhaltungszustands erfüllen soll, wenn die Umsetzung auf einer reinen Freiwilligkeit beruht, die durch die Naturschutzverwaltung nicht erzwungen werden kann.

Da die VO nur die Gebietsgrenzen und die Schutz- und Erhaltungsziele festlegt, fehlt in der Verordnung der klare Hinweis auf den rechtlich verpflichtenden Entwicklungsgedanken des Schutzgebietssystems Natura 2000 der FFH-VO und VS-RL. Für LRT der Erhaltungsstufe „C“ besteht ein eindeutiger Auftrag zu Erhaltung im Sinne der Verbesserung durch Maßnahmen. Diesem Tatbestand trägt die VO inhaltlich nicht Rechnung.

Durch die Landesregierung wurde bislang den Landnutzern der Eindruck vermittelt, die Ausweisung dieser Gebiete hätte für sie keinerlei rechtliche Konsequenzen. Durch das Inkrafttreten des neuen Umwelthaftungsgesetzes muss dagegen festgestellt werden, dass dem nicht so ist. Verstöße gegen das Verschlechterungsverbot durch eine den Schutz- und Erhaltungszielen zuwiderlaufende Landnutzung sind ein Rechtsverstoß und damit zu ahnden. Durch den mangelnden Konkretisierungsgrad der VO laufen die Landnutzer Gefahr sich ständig unwissentlicher Rechtsverstöße schuldhaft zu machen, denn für die Landnutzer ist nicht erkennbar, welche Handlungen in den FFH-/VS-Gebieten zulässig sind und welche nicht. Damit ist ein immenser Verwaltungsaufwand vorprogrammiert, dieses im Einzelfall auf Nachfrage hin zu beurteilen. Die BVNH regt deshalb an, die noch rein aus naturschutzfachlicher Sicht zu erstellenden Maßnahmenpläne zum Bestandteil der einzelnen Schutzgebietsverordnungen zu machen und eindeutige Ge- und Verbote sowie einen gebietsspezifischen Katalog von anzeigespflichtigen Handlungen zu erlassen.

Während die Schutz- und Erhaltungsziele der FFH- und VS-Gebiete zumindest in den Offenlandgebieten weitgehend auf die Vorschläge der Gutachterbüros zurückgehen, muss für viele Gebiete eine politisch abgestimmte und naturschutzfachlich nicht immer nachvollziehbare Grenzziehung festgestellt werden. Die BVNH fordert deshalb, dass es zu keiner Verkleinerung der Schutzgebiete kommt, die nicht auch wissenschaftlich-naturschutzfachlich begründet wurde.

Aus den oben genannten Gründen sollte der Entwurf der Natura 2000-Verordnung grundsätzlich überarbeitet werden. Für weitergehende Gespräche stehen wir hierzu gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen
gez.

Dr. Jörg Weise
(Schriftführer)